

Wohnen ist ein Grundrecht!

Für den Stuttgarter Haus- und Grundbesitzerverein ist die Welt noch in Ordnung. Es gäbe in Stuttgart einen Überhang von Wohnungen, sagte der Vereinsvorsitzende gegenüber der Stuttgarter Lokalpresse. Ein Volltreffer! Aber am Thema vorbei. Denn es geht auch in Stuttgart nicht um Wohnungen überhaupt. Es geht auch in Stuttgart um *bezahlbare* Wohnungen!

Schlechte Karten für Mieter

Wer als Normalverdiener in Stuttgart eine Wohnung sucht, hat schlechte Karten. In Stuttgart fehlen bis zu 8 000 bezahlbare Wohnungen. Die meisten Stuttgarter verdienen 1 500 Euro Netto und weniger. Sie müssen fast die Hälfte ihres Verdienstes fürs Wohnen ausgeben. Es ist noch immer wie Karl Marx schon vor 165 Jahren schrieb:

Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, dass er seinen Arbeitslohn ... ausgezahlt erhält, so fallen die andern Teile der besitzenden Klasse über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.

Die vormaligen CDU-FDP-Landesregierungen wie die Stuttgarter Gemeinderatsmehrheit haben den sozialen Wohnungsbau in Baden-Württemberg und in Stuttgart gegen die Wand gefahren. Die Zahl der Sozialwohnungen in Stuttgart ist zwischen 1987 und 2012 von etwa 34 000 auf rund 16 400 zurückgegangen. Nur etwa 8 % der in Stuttgart insgesamt vorhandenen rund 200 000 Mietwohnungen sind also noch sozial gebunden und damit für weniger Verdienende erschwinglich. Ist das Angebot an preisgünstigem Wohnraum knapp, so profitieren die privaten Vermieter. Frei werdende Grundstücke vor allem im Stuttgarter Talkessel werden nicht für den Sozialwohnungsbau verwendet, sondern Investoren zugeschanzt. 450 000 m² Bürofläche stehen leer, das wären 9 000 Wohnungen zu je 50 m².

Für die SWSG zählt nur die Rendite

Das stadt-eigene Wohnungsbauunternehmen SWSG könnte Beispiele für eine soziale Wohnungspolitik geben. Aber auch die Mieter der SWSG erleben, dass nur die Rendite zählt. Mietervertreibung durch Modernisierung, Mieterhöhungen bis Oberkante Mietspiegel, Abriss von bezahlbaren Wohnungen. Hinzu kommt, dass die SWSG zur Vermietung neuerdings Makler einschaltet, so dass Mieter auch noch Vermittlungsprovisionen bezahlen müssen. Das ist die Politik der SWSG! Die Stadt hat immer wieder Millionen bei der SWSG abgeschöpft, um sie dem städtischen Haushalt einzuverleiben. In den Jahren 2000 bis 2005 waren dies mehr als 31 Millionen Euro. Dieses Geld muss zurück! **Vor allem aber muss der**

Kurs der SWSG geändert, der soziale Auftrag des städtischen Unternehmens, preisgünstigen Wohnraum zu schaffen, wieder in den Mittelpunkt gerückt werden.

Mieter sind nicht wehrlos

In einer kapitalistischen Wirtschaft bleibt das Wohnen für einen Großteil der Lohnabhängigen zwangsläufig problematisch. Denn da herrschen die Interessen der Privateigentümer, also auch die Interessen der Haus- und Grundbesitzer vor, die der Staat schützt. Bei Bedarf lässt er von seinen Beamten Zwangsräumungen durchführen, wenn ein Mieter nicht mehr zahlen kann und damit das kapitalistische Prinzip verletzt, dass ohne Geld keine Ware, also auch nicht das Dach über dem Kopf zu haben ist. Doch die Mieter sind nicht wehrlos. Sie können sich organisieren und gemeinsam wehren. Erst kürzlich sind die „Stuttgarter Mieterinitiativen“ entstanden, denen man sich anschließen kann. Ab 3. Mai sind sie auf einer eigenen Internetseite zu finden.

Wir von der DKP meinen u.a., dass der Verkauf von mit Steuergeldern geförderter Wohnungen verboten u. eine drastische Abgabe auf leerstehende Wohn- und Gewerbeflächen eingeführt werden muss! Zwangsräumungen und Stromabstellungen sind ab sofort zu unterbinden!



10 Jahre Armut per Gesetz

Vor 10 Jahren am 14. März 2003 verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in seiner Regierungserklärung die Agenda 2010. Das war der Titel eines Programms der damaligen Regierung aus SPD und Grünen zur Zerstörung des Sozialstaats.

In der Folge wurden u. a. Leistungen der Krankenversicherung massiv gekürzt, die Renten gesenkt, der Kündigungsschutz gelockert und die Leiharbeit ausgebaut. Gleichzeitig wurden enorme Steuererleichterungen für Konzerne und die Reichen eingeführt während die Regierungskoalition aus SPD und CDU ab 2007 die Mehrwertsteuer an hob, die vor allem die weniger Verdienenden belastet. Mittelpunkt der Agenda waren aber die Hartz-Arbeitsgesetze, besonders Hartz IV.

Armut und Ausgrenzung per Gesetz

Mit Hartz IV bzw. Arbeitslosengeld II wurde zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg eine für Millionen Menschen wichtige Sozialleistung abgeschafft: die Arbeitslosenhilfe, die sich am früheren Nettoverdienst eines Erwerbslosen orientierte. Jetzt stürzen selbst arbeitslose Facharbeiter und Ingenieure schon nach kurzer Frist (das normale Arbeitslosengeld I gibt es für unter 50-Jährige höchstens 1 Jahr lang und wurde auch gekürzt) auf eine Sozialleistung ab, die für ein menschenwürdiges Leben nicht ausreicht (nämlich Arbeitslosengeld II). Ungeachtet ihrer beruflichen Qualifikation müssen sie dann jede auch noch so schlecht bezahlte Arbeit annehmen. Dadurch entstand in Deutschland der größte Niedriglohnsektor Europas. Ein Fünftel aller Beschäftigten in Deutschland arbeitet heute in befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Leiharbeit, Teilzeitarbeit oder Minijobs.

Das direkte Ergebnis von Hartz IV sind größere Armut und alles, was damit verbunden ist: schlechte Ernährung, geschwächte Gesundheit, der Verlust sozialer Kontakte und Isolation, psychische Erkrankungen, Verelendung im Alter, der Zwang, die Wohnung aufgeben und umziehen zu müssen. Die Kinder arbeitsloser Eltern leiden besonders. Sie müssen 2013 mit einer staatlichen Unterstützung zwischen 224 bis 289 Euro monatlich auskommen.

Drohkulisse gegen Beschäftigte

Hartz IV ist auch erfolgreich als Drohkulisse gegen die Beschäftigten in der Produktion wie im Dienstleistungsbereich. Die Angst vor der Vernichtung der sozialen und wirtschaftlichen Existenz durch Hartz IV ließ und lässt die Belegschaften größere Arbeitshetze und geringere

Lohnerhöhungen akzeptieren, obwohl Mieten, Lebensmittelpreise und Energiekosten unaufhörlich steigen. Der nach Abzug der Inflationsrate durchschnittliche Nettoverdienst in Deutschland sank von rund 1540 Euro im Jahr 2004 auf 1430 Euro Anfang 2009. Der Durchschnittslohn sank von 1991 bis 2011 um 5,5 %.

Medienhetze gegen Arbeitslose

Um vor allem Hartz IV den Schein von Rechtmäßigkeit zu geben wurde und wird bis heute von den Medienkonzernen eine raffinierte und zügellose Hetze gegen Arbeitslose betrieben. Bild-Zeitung, RTL u. a. stellen die von den Privateigentümern, also Großaktionären, Unternehmern und ihren Managern überflüssig bzw. arbeitslos gemachten Menschen immer wieder als faule Schmarotzer hin, die es sich einfach nur in der „sozialen Hängematte“ bequem machen wollen. In Wirklichkeit ist es diese Minderheit von Privateigentümern, die sich von der Gesellschaft aushalten lässt, von der Arbeit der Bevölkerungsmehrheit lebt.

Seit kurzem werden Hartz-IV-Bezieher in den Medien verdächtigt, sich häufig dann krank zu melden, wenn ihnen vom Jobcenter eine Arbeitsstelle vermittelt werden soll. Dabei wird den Ärzten unterstellt, dass sie aus Gefälligkeit krankschreiben. Krankschreibungen von Arbeitslosen sollen

daher schärfer kontrolliert, gegebenenfalls soll der Kranke vom Medizinischen Dienst der Krankenkasse zu Hause untersucht werden. Als ob noch mehr Auspähung und Überwachung bis ins Krankbett hinein neue Arbeitsplätze schaffen würde!

Die Umsetzung der Agenda 2010 war möglich, weil es bei den Erwerbslosen, Rentnern, Beschäftigten und ihren Gewerkschaften zu wenig Widerstand gab. Bleibt es so, wird die nächste Regierung mit einer Agenda 2020 die verbliebenen Reste des Sozialstaats beseitigen.



DKP Stuttgart - Böblinger Str. 105 - 70199 Stuttgart
Kontakt: info@dkp-stuttgart.org - Tel. 0711/6599900

V.i.S.d.P.: Blach c/o DKP Stuttgart